

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer montl. 5 M. durch Boten bezogen montl. 5.50 M. durch auswärtige Boten montl. 5.75 M.; bei Postbestellung montl. 6 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 30 S. Postfach-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälberstraße 4. Für unerbetene Außenbestellungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Zeitl. Wilm. S. 30 u. 31. und der Zeitl. Wilm. S. 32 u. 33. — Die laufende Monatsabrechnung wird von Besieger auf seine Anzeigen in Abrechnung genommen. Abrechnung 50 Pf. Porto befreit. Norm. Anzeigenst. 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erstausgabe Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 201.

Montag, den 29. August 1921.

161. Jahrgang

Tageschronik

Die Verhandlungen Rathenaus und Loucheur in Wiesbaden haben zu einem Abkommen geführt.

Die Reichsregierung erklärt sich in einer Note an den Obersten Rat mit der Einleitung von Kontrollorganen für die Ein- und Ausfuhr unter bestimmten Voraussetzungen einverstanden.

Auf Grund der Ermordung Erzbergers hat eine maßlose Hebe gegen die Reichsparteien eingesetzt.

Um die Aufhebung der Sanktionen.

Eine deutsche Note an den Obersten Rat. Einverständnis mit der Schaffung von Kontrollorganen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Votschastat von Hoef, hat dem französischen Ministerpräsidenten Briand als Vorsitzenden des Obersten Rates eine Note übergeben, in der es u. a. heißt:

Die deutsche Regierung hat seinerzeit gegen die Verhängung der Sanktionen als einer mit dem Wertung von Versailles und dem Wiedereintritt in vereinbarten Maßnahmen verknüpfte Einzelmaßnahme eingeleitet. Nachdem deutscherseits das Ultimatum angenommen und alle bisherigen Zahlungsfristern pünktlich eingehalten worden sind, glaubte sich die deutsche Regierung zu der bestimmten Erwartung berechtigt, daß die Sanktionen alsbald reiflos aufgehoben würden. Sie behaupte auf tiefe, daß sich die alliierten Regierungen hierzu nicht haben entschließen können. Die deutsche Regierung sieht sich genötigt, den ihr gemachten Vorwurf zurückzuweisen, daß sie bei der Handhabung des deutschen Ein- und Ausfuhrsystems unter Verstoß gegen den Wertung von Versailles Angehörige oder Waren irgendeiner der alliierten Mächte schlechter behandelt habe als diejenigen eines anderen Landes.

Die deutsche Regierung stellt sich genötigt, darauf hinzuweisen, daß weder der Wertung von Versailles, noch das Rheinlandsabkommen den alliierten Mächten ein Kontrollrecht über die Ein- und Ausfuhrbestimmungen in Bezug auf das besetzte Gebiet gibt. Um indessen den alliierten Regierungen die Weiterverfolgung von der lokalen Handhabung der deutschen Ein- und Ausfuhrbestimmungen zu verschaffen, will sich die deutsche Regierung mit der

Schaffung der Kontrollorgane einverstanden erklären. Sie knüpft aber diese Zusicherungen an die Voraussetzung, daß sich das alliierte Organ bei seiner auf das besetzte Gebiet beschränkten Tätigkeit jeder Einmischung in die deutsche Exekutive enthalten wird. Die deutsche Regierung glaubt, daß die Frage nur in Form einer wechselseitigen Verhandlung zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen der beteiligten alliierten Mächte geregelt werden kann. Demnach würde also auch die Einführung der zu vereinbarenden Regelung im besetzten Gebiete der deutschen Regierung zufallen, so daß eine Bestimmung der interalliierten Rheinlandskommission nicht in Frage käme. Unter grundsätzlicher Wahrung ihres Standpunktes über die

rechtmäßige Ungültigkeit der Sanktionen überhaupt will die deutsche Regierung gegen die erlassenen Beschlüsse keine Einwendungen erheben und auch von allen gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen gegen die Urheber solcher Handlungen absehen. Sie erwartet aber, daß in der Überlegung seit dem 15. September keine das augenblickliche Bedürfnis der besetzten Gebiete berücksichtigende Aus- und Einfuhrbewilligungen für das Ausland erteilt werden.

Indem die deutsche Regierung mittelst daß mit der Führung der Verhandlungen in London auf deutscher Seite der Gesandte v. Muniz besetzt ist, spricht sie nochmals die feste Erwartung aus, daß auch

die militärischen Sanktionen alsbald aufgehoben und die neubesetzten Gebiete von der drückenden Last der Besetzung und des militärischen Regimes befreit werden.

Das Wiesbadener Abkommen angenommen.

Das Ergebnis der Verhandlungen.

Nach dem Schluß der Sonntagsmorgens-Beratsamung erklärte Loucheur, daß das Abkommen über das deutsche Memorandum und über Anhang I und II angenommen ist. Das Abkommen über den Anhang II ebenfalls geschlossen. Dieser Anhang sieht den Plan einer Konvention zwischen der deutschen und der französischen Kommission vor.

Ueber den Inhalt des Abkommens erklärt der „Temps“, daß über die folgenden Punkte in der Gesamtheit Beschlüsse gefaßt wurde: 1. Ueber eine Reihe von Abmachungen und 2. Ueber eine Reihe von Projekten, welche die Rückstellungen Deutschlands auszufüllen sollen. Die Abmachungen betreffen die Mobilitäten der Naturalkategorien für alle arden Kategorien. Die bescheidene Abmachung bestimmt die Form, in welcher alle Materiallieferungen an den französischen Geschäftsträger durch eine deutsche Bevollmächtigte aufgenommen können. Andere Projekte bestimmen die anzuwendenden Preise für die deutschen Kohlen, die Kompensationen für die französischen Verluste an Ausfuhrungen und die von Deutschland noch zu leistenden Entlohnungen. Ein letztes Projekt einer Abmachung sieht eine Vereinbarung zwischen den beiden Ländern bezüglich der Einfuhr französischer Ausfuhr vor. Sodann kommt der zweite Teil der Abmachungen, der die Rückstellungen der deutschen Rückstellungen in Betracht zieht, und zwar bezüglich des Industrierohmaterials, des Eisenbahnmateriells und des rückzustellenden Viehs.

Der Gesamtwert der deutschen Lieferungen darf 7 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis Mai 1922 nicht übersteigen. Deutschland wird Frankreich für die Zahlungen dieser Lieferungen Kredit gewähren. Frankreich hat durch die gesamte Zeit 14 Milliarden immer nur eine Milliarde Goldmark zu zahlen, wie groß auch die Menge der deutschen Lieferungen sein mögen.

Eisenbahnmateriale:

Die deutsche Regierung teilt die Suche nach französischen Lokomotiven auf deutschem Gebiet fort. Deutschland wird jährlich für ferner 3000 Schwunnen, 2500 Lokomotiven, 500 große Holztransportwagen zu liefern. Frankreich würde auf eine Kompensation für die nichtrückgestellten Lokomotiven verzichten.

Rückstellung von Vieh:

Die weitere Suche nach Vieh, das Deutschland während des Krieges beschlagnahmt, wird einseitig. Deutschland liefert insgesamt 62 000 Pferde, 25 000 Rinder, 25 000 Schafe, 20 000 Ziegen. Dagegen verzichtet Frankreich auf eine viel größere Menge von Vieh. Am meisten hätte es Anspruch auf 250 000 Rinder, 230 000 Schafe, 300 000 Stück Geflügel, 3 Millionen Rebhühner und ferner auf 60 000 Bienenstöcke.

Auf der Suche nach Gründen für die Aufrechterhaltung der militärischen Sanktionen.

In Pariser politischen Kreisen wird auf das Schicksal der letzten Ereignisse in Deutschland, insbesondere der Kronkämpfer im Rheinland und die Ermordung Erzbergers ein Hinweis darauf gelegt, daß die Aufhebung der militärischen Sanktionen noch verfrüht sein würde.

Eine neue Schikane.

Die Entente-Kontrollkommission in Mainz verlannt die Übernahme der Rheinlande durch die alliierten Mächte oberhalb Bingen für Frankreich. Deutschland ist auf die wirtschaftliche Schädigung hinzuweisen worden.

Deutsche Würdelosigkeit.

Wie unser Berliner Vertreter aus bemerksamer Kreise erzählt, versuchen in der letzten Zeit deutsche Kaufleute Vorteile zur schnellen Erlösung ihrer Ausfuhr auf Aus- und Ein-

Pressfestimmen zu dem Attentat auf Erzberger.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung:

„Es wird niemandem geben, in allen Kreisen des Volkes, in allen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, der nicht die Tat, der Erzberger zum Opfer fiel, als tief verabscheuenswürdig empfunden. Es wird nicht ausbleiben, daß auch diese Tat in ihrer Beurteilung und in dem Fortschritt nach ihren Gründen bzw. beirätigt, den inneren Zersetzungsprozess, an dem wir so schwer krank, zu beschleunigen. Nur eins mag gesagt sein: Wer es unternimmt, das Verbrechen von Griesbach, diese Tat nachzutun, der hat sich der Verantwortung der Parteigenossen abzugeben, der handelt unverantwortlich am gesamten Volke. Der politische Wert wird seine Partei. Das tragische Schicksal Erzbergers wird auch von denen tief bedauert werden, die politisch seine Gegner waren.“

Das Berliner Tageblatt:

„Mehr als einmal fiel in deutschnationalen Redaktionsberatern und bei militärischen Versammlungen von namhaften Schreibern das Wort: Schlagt Erzberger tot! Nun haben sich zwei Bücher gefunden, die das Gräßliche vollführt haben. Zwei Revolverkugeln haben Erzberger hingestreckt und seinen Begleiter, den Reichstagsabgeordneten Diez, schwer verwundet. Ist dieser Mordanschlag das Signal zu weiteren Dingen? Steht Deutschland am Vorabend neuer Verbrechen? Sollen rechtsstehende Katastrophenpolitiker, nachdem vor noch nicht mehr als Jahren der Rapp-Busch abgeschlagen worden ist, abermals einen Schlag gegen die Republik versuchen? Im Augenblick ist die Situation noch durchaus ungewiß. Blut und wieder Blut, Wort und wieder Wort, erst ein Gebot, dann ein Gebot, jetzt ein Erzberger, gefolgt von den anderen schlageliegenden Mordbefehlen auf andere politische Persönlichkeiten, folgen der deutschnationalen Hege gegen den republikanischen Staat und seine politischen Repräsentanten. Auch diese heimtückische Mordtat bleibt an ihren Nachschönen hängen.“

Der Vorwärts:

„Gegen die Parteien, die wohl öffentlich den Mörder verurteilen, aber gerne seinen Dösch arbeiten lassen, wird sich der Kampf der Arbeiterklasse richten, der schonungslos, erbitterter Kampf. Er wird sich richten gegen die Gesamtheit jener, die Regimentsappelle veranlassen, im Stadion Kontrollversammlungen abhalten und das Volk Tag für Tag provozieren. Erst wenn jenes ganze Geschehen von Monopolträgern, Hochschulstudenten und Parteigenossen mit dem Revolver in der Hosentasche und Kurtschreibern von der politischen Arena hinweggefegt ist, erst dann wird die Luft in Deutschland moralisch gereinigt sein.“

Die Note Jahne:

„Endlich haben die Frontkämpfer, aufgereizt von den Reichsparteien, Erzberger zur Strecke gebracht. Erzberger war der monarchistischen Reaktion bis aufs Blut verhaftet. Erzberger sah im Kriege bald ein, daß das Kapital gegenüber der Uebermacht des Kapitals der Entente und Amerikas zur Niederlage verurteilt sei. Deswegen trat er, der solange an den Sieg des deutschen Kapitals glaubte, für eine Amnestiepolitik ein, die die Verhältnisse ändern sollte. Das machte ihn den freisinnigen Monarchisten verhasst.“

Die Justiz der Republik wird die Mörder Erzbergers vor Strafe zu schützen suchen, wie sie alle konterrevolutionären Mörder, alle reaktionären Feinde der Republik schützt hat. Die Regierung muß der Gegenrevolution mit einem Schlag antworten. Der Ausnahmezustand muß sofort aufgehoben werden, die reaktionären Formationen müssen endlich wirtschaftlich aufgelöst und entwaffnet werden. Das können aber einzig und allein die Arbeiter durchführen.“

Die Freiheit:

„Diesmal hat der deutschnationalen Mordstrahl seinen Arbeiter und seinen Sozialisten getroffen. Es ist ein Führer der größten und mächtigsten bürgerlichen Partei, einer der bedeutendsten Politiker des neuen Deutschlands, der gemordet worden ist.“

Das Uebergehen des Mordmordes auf die bürgerlichen Gegner der Deutschnationalen wird endlich die stumpfe Dummheit, die ständige Gleichgültigkeit verdeutlichen, die bisher der deutschnationalen Mafia ihr Werk so erleichtert hat.

So darf es nicht mehr weitergehen! Mordstrahl und blutige Arbeit der Deutschnationalen, und der schmutzige Anhang, den sich die edlen Herren als ihre Stützgruppe erheben haben, darauf hin, Faschistenfunde in Deutschland zu schaffen. Aber Deutschland ist nicht Italien, und die deutschen Ar-

